

Zur Organisation der Agrar- und Ernährungswissenschaften

Ernst Berg

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

In regelmäßigen Abständen bewegt die Diskussion über die organisatorische Gestaltung der Agrar- und Ernährungswissenschaften die Gemüter. Seit einiger Zeit ist das wieder der Fall. Dabei geht es um die inhaltliche Ausrichtung ebenso wie um die Zahl tragfähiger Standorte für Agrarfakultäten, das Verhältnis der Agrarwissenschaften zu ihren Nachbardisziplinen und die Beziehungen zwischen universitärer und Ressortforschung sowie zwischen Universitäten und Fachhochschulen. Mit diesen Fragen haben sich in den vergangenen Jahren verschiedentlich der Dachverband Wissenschaftlicher Gesellschaften der Agrar-, Forst-, Ernährungs-, Veterinär- und Umweltforschung (DAF)¹, der Initiativkreis Agrar- und Ernährungsforschung², die Agrarministerkonferenz³ sowie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in ihrer Denkschrift „Perspektiven der agrarwissenschaftlichen Forschung“⁴ befasst. Im Jahr 2004 hat der Wissenschaftsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um ausgehend von einer Bestandsaufnahme der Agrarforschung Empfehlungen für die strukturelle und institutionelle Weiterentwicklung vorzubereiten. Gegenwärtig macht ein Bericht dieser Arbeitsgruppe die Runde, der – obgleich vom Wissenschaftsrat in dieser Form nicht verabschiedet – allenthalben für Verwirrung und heftige Diskussionen sorgt.

Eine Übereinstimmung gibt es in der ansonsten durchaus kontrovers geführten Diskussion, dass nämlich die gesellschaftliche Relevanz der Agrar- und Ernährungsforschung im Zeitablauf keinesfalls abgenommen hat; angesichts der sich ändernden Rahmenbedingungen ist eher das Gegenteil der Fall. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören unter anderem das weltweite Bevölkerungswachstum vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen, der globale

Klimawandel, die Globalisierung und Liberalisierung des Welthandels sowie die Veränderung gesellschaftlicher Präferenzen. Sie beeinflussen Landwirtschaft und Umwelt, die Lebensmittelwertekette und die Ernährung sowie in diesem Kontext die Wohlfahrt der Menschheit in vielfacher Hinsicht.

In der Denkschrift der DFG werden eine Reihe von Forschungsfeldern und Themenbereichen erörtert, welche diese Zusammenhänge verdeutlichen. Beispielhaft seien hier nur einige Herausforderungen für die *agrarökonomische* Forschung angeführt, die aus der Globalisierung und Liberalisierung des Welthandels resultieren. Während dieser einerseits die Möglichkeiten, am jeweils besten Standort zu produzieren, deutlich verbessert, bringt der globale Austausch von Pflanzen und Tieren andererseits auch die Gefahr einer weltweiten Verbreitung von Krankheiten und Schädlingen mit sich, wie die zahlreichen Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit (Maul- und Klauenseuche, Vogelgrippe, Sojabohnenrost, westlicher Maiswurzelbohrer etc.) zeigen. Auch das Problem der Gewährleistung der Sicherheit und Qualität von Produkten gewinnt mit zunehmendem Welthandel und weiter wachsender Arbeitsteilung vermehrt an Bedeutung. Neben der Produktqualität gewinnt dabei die Prozessqualität verstärkt an Gewicht. Diese wiederum steht in engem Zusammenhang mit den Zielen der Nachhaltigkeit und des Ressourcenschutzes und erfordert die Betrachtung der gesamten Prozesskette von der Landnutzung und Agrarproduktion bis zur Lebensmittelherstellung und Vermarktung im Sinne eines Systemansatzes.

An attraktiven und wichtigen Forschungsthemen herrscht also kein Mangel. Aber wie organisiert man die Forschungslandschaft so, dass diese effizient bearbeitet werden können? Allzu schnell ist in diesem Zusammenhang die Rede von kritischen Massen, die nach dem Kapazitätsabbau der letzten Jahre vielerorts bereits unterschritten seien. Daraus folgt dann scheinbar zwangsläufig die Frage nach der maximal tragbaren Zahl von Standorten mit Agrarfakultäten, auf die es freilich keine einfache zu deduzierende Antwort gibt. Ich halte diese Probleme allesamt für zweit-rangig und die Diskussion darüber scheint mir vom falschen Ende aus aufgeklämt.

Wichtig ist, dass der Abbau der Ressourcen insgesamt ein Ende findet, denn nur dann kann die Agrar- und Ernährungsforschung ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht werden. Das wird im Übrigen auch in dem Papier der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates so gesehen, wo man – mit Blick auf die Situation in vergleichbaren Ländern – einen weiteren Kapazitätsabbau für „verfehlt“ hält. Dann folgt allerdings als Empfehlung die „Konzentra-

¹ DACHVERBAND WISSENSCHAFTLICHER GESELLSCHAFTEN DER AGRAR-, FORST-, ERNÄHRUNGS-, VETERINÄR- UND UMWELTFORSCHUNG (Hrsg.) (2000): Agrarforschung im Wandel – eine Analyse im internationalen Vergleich. Agrarspectrum, Bd. 32. Frankfurt/Main.

– (2002): Agrar- und Ernährungsforschung in Deutschland – Probleme und Lösungsvorschläge. Agrarspectrum, Bd. 35. Frankfurt/Main.

² INITIATIVKREIS AGRAR- UND ERNÄHRUNGSFORSCHUNG (Hrsg.) (2004/2005): Ernährungsforschung in Deutschland. Band 1, 2004; Band 2, 2005. Bergen/Dumme.

³ Agrarministerkonferenz am 26. März 2004 in Osnabrück: Ergebnisprotokoll. Nachzulesen unter: http://www.agrarministerkonferenz.de/uploads/Ergebnisprotokoll_AMK_26_321.pdf.

⁴ DFG (Hrsg.) (2005): Perspektiven der agrarwissenschaftlichen Forschung – Denkschrift. Weinheim.

tion“ auf weniger Standorte, ohne zu bedenken, dass dies angesichts der föderalen Struktur und ihrer Implikationen genau zu dem Kapazitätsabbau führen würde, den man eigentlich verhindern möchte, da keine Stelle, die in einem Bundesland aufgegeben würde, in ein anderes wandern würde.

Dabei verliert die Frage, auf wie viele Standorte sich eine gegebene Zahl von Wissenschaftlern verteilt, angesichts der bestehenden und sich ständig weiter entwickelnden Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie zunehmend an Bedeutung. Ökonomisch ausgedrückt: Die Transaktionskosten sinken und die Economies of Scale werden immer unbedeutender. Für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gilt das allemal, für die Naturwissenschaften sicher mit einigen Einschränkungen, aber in der Tendenz ebenso, vor allem wenn man die standortspezifischen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit komplementären Arbeitsgruppen berücksichtigt. Eine räumliche Zersplitterung hat selbstverständlich Nachteile, diese verlieren aber zunehmend an Bedeutung.

Wichtig ist natürlich, dass eine überörtliche Kooperation und Koordination stattfindet, und hier liegt das eigentliche Problem. Universitäten wie Ressortforschungseinrichtungen sind ihrem Charakter nach nämlich Behörden im Geschäftsbereich unterschiedlicher Ministerien. Daraus resultieren zahlreiche bürokratische Hindernisse, die zumindest zu Rechtsunsicherheit, in vielen Fällen aber auch zu ernstesten Schwierigkeiten führen, wenn Ressourcen gemeinsam genutzt werden sollen. Es ist oft einfacher, ein Kooperationsabkommen mit einer ausländischen Partnerinstitution zu schließen als mit einer Einrichtung in einem benachbarten Bundesland, wo dafür ein Staatsvertrag erforderlich ist.

Diese Hemmnisse lassen sich nach meiner Überzeugung nur durch eine radikale Änderung des institutionellen Arrangements wirkungsvoll überwinden. Die Zusammenle-

gung der Ressortforschungseinrichtungen in den Niederlanden mit der Agraruniversität Wageningen zum „Wageningen University and Research Centre“ liefert hier durchaus ein Vorbild, von dem man lernen kann, auch wenn sich das Modell sicher nicht eins zu eins übertragen lässt. In Deutschland zeigt das Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft, wie man Forschungseinrichtungen als Verbund organisieren (und finanzieren) kann und zwar bei weitgehender Autonomie der einzelnen Einrichtungen, allerdings ohne dass es für diese eine unbegrenzte Bestandsgarantie gäbe. Mit diesen beiden Institutionen als Referenz kann ich mir durchaus die Konturen vorstellen, die ein neues bundesweites Organisationsmodell für die Agrar- und Ernährungswissenschaften haben könnte.

Die Etablierung eines solchen Organisationsmodells müsste der erste Schritt sein. Erst danach macht es Sinn, im Kontext dieser neuen Organisation über Kooperation und Arbeitsteilung sowie die Konzentration und Verlagerung von Ressourcen mit dem Ziel der Erhöhung der Effektivität nachzudenken. Ich bin mir bewusst, dass die jüngsten Beschlüsse zur Föderalismusreform ein solches Unterfangen nicht eben vereinfachen. Sie machen es aber auch nicht unmöglich und nachdem selbst die basisdemokratische Schweiz erkannt hat, dass Kleinstaaterei im Wissenschaftsbereich wenig erfolgversprechend ist, setze ich auch bei uns auf die Einsicht der Politik. Die Vorschläge allerdings sollten aus der Scientific Community selbst kommen. Ob wir wohl dazu in der Lage sind?

Autor:

PROF. DR. ERNST BERG

Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomie der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Meckenheimer Allee 174, 53115 Bonn
Tel.: 02 28-73 28 91, Fax: 02 28-73 27 58
E-Mail: E.Berg@uni-bonn.de